

L 634 J 14

Prinzipien sind gut, Paragraphen besser

Die Sowjetunion will erstmals Militärinspektionen im Ostblock zulassen

W31 Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Mehr als sechzig Jahre lang blieben die Sowjets in Sachen Abrüstung „berechenbar“: Der Westen mußte entweder auf Inspektionen am Ort oder auf das Abkommen selbst verzichten. Diese Kontinuität der Abschottung hat sich so tief in die Geschichte der Rüstungskontroll-Diplomatie eingefressen, daß der Durchbruch vom Dienstag zumindest für eine Überraschung gut war. Auf der Stockholmer 35-Nationen-Konferenz über „vertrauensbildende Maßnahmen“, die unter dem holprigen Kürzel KVAE firmiert, gestand Moskau Verhandlungsleiter Oleg Grinewski zum erstenmal das Prinzip des „Lokaltermins“ zu. Sorgfältig begrenzt zwar, aber doch unmißverständlich sprach er von „ein bis zwei Inspektionen pro Jahr auf dem Territorium jedes Staates“.

Zwei Jahre lang, so ein westlicher Diplomat, hatten die Sowjets die Idee der Inspektion auf Verdacht mit dem Etikett „Teufelszeug“ und „Spionage“ überzogen. Nun hatte Moskau plötzlich die Initiative ergriffen und sogar den Vorschlag der Neutralen übertroffen, die nach wie vor auf das *right of refusal*, das Recht zur Ablehnung eines Überprüfungssteams, im Namen der „nationalen Sicherheit“ pochen. Die Russen deuten Flexibilität in einer Sache an, die dem Westen als ein Angelpunkt des gesamten Stockholmer Unternehmens gilt: das Recht zum inspizierenden Besuch (weil etwa der Verdacht einer unangemeldeten Truppenübung besteht), der nicht von der Gnade des betroffenen Landes abhängt.

In Stockholmer NATO-Kreisen mischen sich Überraschung, Zufriedenheit und Skepsis. „Es kann eine wirkliche Wende sein“, sagt ein westlicher Teilnehmer, „aber auch ein neuerlicher Versuch, den Westen wieder reinzulegen.“ Bislang, so heißt es, endete so manche große Versprechung in Verwässerung, wenn es hernach

darum ging, das hehre Prinzip in konkrete Paragraphen zu gießen. Ein klassisches Beispiel sei der sogenannte „Jahreskalender“, auf dem die NATO verzeichnet sehen will, was im kommenden Jahr von militärischem Belang ist: wo findet das Manöver statt, wie heißt es, welche Staaten sind an ihm beteiligt, mit welchen Truppenteilen und -stärken? Im Prinzip hätten die Sowjets derlei Kalender schon akzeptiert, dann aber endlos debattiert, ohne daß eine bindende Abmachung zu Papier gebracht worden wäre.

Auch bei den Inspektionen auf gegnerischem Gebiet liegt der Teufel im Verhandlungsdetail. Zwar will der Westen nicht die „Perfektion eines transparenten Rußlands“, aber er fordert das Recht, sich innerhalb von 36 Stunden am Ort vergewissern zu dürfen, ob irgendwo ein Manöver läuft, das größer als angekündigt oder überhaupt nicht auf dem Kalender verzeichnet ist. Zur Zeit wollen die Sowjets nur ein bis zwei Besuche pro Land und pro Jahr akzeptieren; die NATO wünscht sich ein System, das mehr Inspektionen erlaubt. Vorweg aber pocht das westliche Bündnis auf maximale Bewegungsfreiheit. Das Prinzip des Besuchs auf Verdacht dürfe nicht dadurch konterkariert werden, daß etwa drei Viertel der Ukraine als „militärisches Sperrgebiet“ gelten. Die Idee der Überprüfung aus der Luft dürfe nicht durch Flughöhen ad absurdum geführt werden, die den Patrouillenflug unterhalb der Wolkendecke verbieten.

Daß die Sowjets wieder einen eleganten Seitenausgang finden, wollen westliche Beobachter diesmal nicht glauben. Zum Abschluß der KVAE am 19. September muß ein Dokument mitsamt Inspektionsrecht vorliegen. Sollten die Sowjets endlos „finassieren“, werde die NATO – und nicht bloß die USA – die Konferenz platzen lassen.